

THEMA DES TAGES

**BRANDANSCHLÄGE** An jedem dritten Tag versucht in Deutschland jemand, ein Flüchtlingsheim anzuzünden. Zum Beispiel in Wertheim: Hier hat eine Attacke im September 330 Betten in einer Sporthalle vernichtet und sie so unbenutzbar gemacht. Besuch in einem Ort, in dem der Ausnahmezustand zur Normalität geworden ist.

# Schock, Entsetzen, Alltag

Nach dem Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft lebt Wertheim zwischen Verdrängen und Anpacken

Vier Monate ist es her, da brannte in Wertheim eine Halle, weil dort 330 Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Die Devise nach dem Brand: Weitermachen, als ob nichts passiert wäre.

THOMAS BLOCK

Spurensuche vier Monate danach: An den Eingängen der ehemaligen Polizeisporthalle in Wertheim hängen nicht mehr ganz aktuelle Wamschilder der örtlichen Feuerwehr. „!Zutritt verboten! Einsturzgefahr“, steht da, obwohl die Gutachter inzwischen herausgefunden haben, dass die Halle nicht einsturzgefährdet ist und bald saniert werden kann. Neben den Eingängen Graffiti, darüber ein paar lose Absperrbänder, die so weit oben an den rotbraunen Wänden kleben, dass nicht ganz klar ist, warum sie jemals aufgehängt wurden.

Die Spuren des Brandes werden erst auf der anderen Straßenseite sichtbar: Der Ruß klebt ganz oben, eine zerstörte Fensterreihe ist durch Abdeckfolie ersetzt worden. Die Folie, der Ruß, die Warnhinweise fügen sich in das triste Gewerbegebiet der sonst so schmucken 22 000-Einwohner-Stadt, und es fühlt sich an, als sei nie etwas passiert. Dabei ist eine Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Reinhardshof am 19. September 2015 Opfer eines Brandanschlags geworden, bei dem 330 Betten zerstört wurden.

„Die Halle ist nicht abgebrannt und steht deshalb auch nicht als Ruine da“, sagt Mirco Göbel und ist darüber sehr froh. Er leitet die Landeserstaufnahme (Lea), die 500 Meter von der Halle entfernt steht, da

## Am Mittag kam der Anruf, am Abend der erste Bus

kann man nun wirklich kein Mahnmal gebrauchen, das die Flüchtlinge jeden Tag daran erinnert, dass es Menschen gibt, die sogar Hallen anzünden, weil sie gegen ihre Anwesenheit sind. Göbel würde das Kapitel deshalb gerne hinter sich lassen. „Das Thema ist für mich durch“, sagt er, und: „Ich möchte auch gar nicht wissen, wer es war. Was würde mir das bringen?“

Irgendwann im November sei er in der Halle gewesen. Die zerstörten Betten mussten entsorgt werden, alles was sich noch retten ließ, musste in die Reinigung. Und dann habe man einfach weitergemacht. In einem Jahr, in dem der Ausnah-



Drei Stunden hat die Wertheimer Feuerwehr gebraucht, um den Brand in der Polizeisporthalle zu löschen.

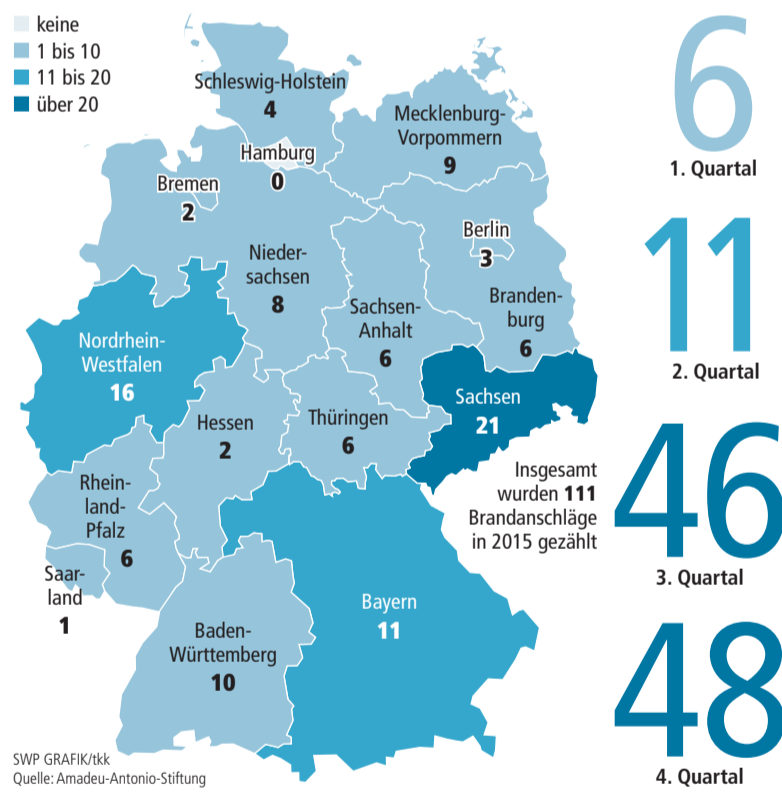
Foto: dpa

mezustand Normalität war, ist auch der Anschlag auf eine Unterkunft nur eine Episode.

Tatsächlich war der Brand der traurige Höhepunkt einer Woche, die man bei der Stadt nur noch die „chaotische Anfangszeit“ nennt. Göbel war damals noch Berufsschullehrer und hat kräftig geholfen, weil kräftig helfen in seiner Natur liegt: Als es Ende 2014 hieß, dass in Wertheim ein paar hundert Flüchtlinge untergebracht werden sollen, engagierte er sich im neu gegründeten Helferkreis „Willkommen in Wertheim“. Als es im Sommer 2015 hieß, es werden doch 1000 Flüchtlinge, weil die Polizeiakademie zu einer Lea umgebaut wird, stand Göbel bereit. Und als am Sonntag, den 13. September, die Nachricht vom Landespräsidium kam, dass die ersten dieser 1000 Flüchtlinge doch nicht erst Mitte Oktober, sondern in ein paar Stunden kommen, hat er halt mit angepackt.

Ein paar Stunden, um eine Sammelunterkunft herzurichten. An einem Sonntag. Für die Stadtverwaltung ist sowas eine Katastrophe, für Göbel war es wie ein Rausch. „Das ist ein unglaubliches Gefühl, wenn die Busse kommen und alle helfen mit“, sagt er. THW, DRK, Bundes-

## Die meisten Anschläge in Sachsen, NRW und Bayern



SWP GRAFIK/ikk  
Quelle: Amadeu-Antonio-Stiftung

wehr, Katastrophenschutz, „Willkommen in Wertheim“ – alle haben Räume hergerichtet und Flüchtlinge in Empfang genommen. „Es war alles improvisiert“, sagt Göbel. „Aber wenn Provisorien funktionieren, fühlt sich das toll an.“

Nach dem 13. September geht dann alles Schlag auf Schlag. Jede Nacht neue Busse, jede Nacht freiwillige Helfer, die die Flüchtlinge in Empfang nehmen, Berge an Sachspenden türmen sich auf dem Gelände. Am Donnerstag verkündet das Regierungspräsidium, dass weitere 330 Flüchtlinge in der nahegelegenen Polizeisporthalle untergebracht werden sollen und der Wertheimer OB warnt vor einem Kollaps in Reinhardshof. Am Samstag reist Integrationsministerin Bilkay Öney nach Wertheim und versucht Zuversicht zu verbreiten. Wenige Stunden später brennt die Halle.

So wie zuvor in Weissach im Tal, wo ein leerstehendes Gebäude, das zur Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden sollte, komplett ausbrannte. Oder in Remchingen, wo ein Brandstifter ein dreistöckiges Haus zerstörte, in dem einmal 150 Flüchtlinge leben sollten. Oder in Schwäbisch Gmünd, wo eine Baustelle brannte, die mal ein Asylbe-

werberheim werden sollte. Zehn Brandanschläge hat die Amadeu-Antonio-Stiftung 2015 im Südwesten gezählt. Deutschlandweit hat jeden dritten Tag jemand versucht, eine Unterkunft anzuzünden.

„Mein erster Gedanke war: Das gibt's doch nicht, dass so etwas auch in Wertheim passiert“, sagt Volker Mohr, der vor einem Jahr von der Stadt zum Flüchtlingsbeauftragten erkoren wurde. Damals gab es nichts: Keine Strukturen zur geordneten Aufnahme von Flüchtlingen, keine Koordination von Ehrenamt und Stadt. Dass die Verwaltungsstrukturen heute da sind, ist vor allem ihm zu verdanken. Drei Monate hat es gebraucht, um die Lea zum Laufen zu bringen. „Das ist ein fantastisches Stück Arbeit“, sagt Mohr. Den ersten Widerstand erfuhr Mohr im Juli, ausgerechnet in Rein-

## Man möchte nun auch Stammtische ernst nehmen

hardshof. Keine 500 Meter von der später abgebrannten Halle entfernt, gab es eine Bürgerdiskussion, die „nicht gut“ gewesen sei. 170 Flüchtlinge sollten in dem Stadtteil untergebracht werden. „Darauffin gab es diesen Widerstand, den es in vielen Gegenden gab: Warum bei uns?“

Mohr ließ sich auf 70 Flüchtlinge runterhandeln, das war der Kompromiss zwischen den 960 Reinhardshofern und ihm. Wenige Wochen später werden die Lea-Pläne bekannt. Aus den 70 wurden über Nacht 1000 Flüchtlinge. Und die Diskussion verstummte. Keine Demos, keine wütenden Briefe, keine empörten Bürger in seinem Büro. „Vielleicht gibt es eine schweigende Mehrheit, die die Faust in der Tasche ballt“, sagt Mohr.

Die Stadt versuche nun genauer hinzuhören, die Stammtische ernst zu nehmen, niemanden für seine Meinung an den Pranger zu stellen, sagt Mohr. Und trotzdem berichtet Walter Hörnig, Vorsitzender von „Willkommen in Wertheim“, von einer Zunahme kleinerer Übergriffe. Vor kurzem stand mit blauer Schrift „Scheiße“ an den Türen von Flüchtlingswohnungen. Dann wurden die Namen der Flüchtlinge von den Klingelschildern gekratzt. Dann lag Müll in den Briefkästen. „Rechte Gewalt zeigt sich nicht nur darin, dass Hallen angezündet werden“, sagt Hörnig. Sie zeigt sich vor allem an den kleinen Angriffen im Alltag.

© Eine interaktive Grafik und mehr Text unter: [www.swp.de/wertheim](http://www.swp.de/wertheim)

# „Mit der Empörung der Bürger ist man schlecht umgegangen“

Timo Reinfank von der Amadeu-Antonio-Stiftung warnt Konservative und AfD-Politiker, Gewalt gegen Flüchtlinge weiter zu befeuern

Das Versagen der Politik spielt der rechten Szene in die Hände, sagt Timo Reinfank. Längst habe der Rassismus die bürgerliche Mitte erreicht.

THOMAS BLOCK

Herr Reinfank, 2015 hat die Amadeu-Antonio-Stiftung viermal so viele Angriffe auf Flüchtlingsheime in Deutschland gezählt wie noch im Jahr zuvor. Woher kommt das?

TIMO REINFANK: Die rechte Szene setzt seit etwa zwei Jahren auf die Hetze gegen Flüchtlinge und versucht, an die Lage in den 90er Jahren anzuknüpfen. Das hat sich als sehr mobilisierungsfähig erwiesen. Dabei spielt ihr ein Versagen der Politik in die Hände. Es gab viele Versäumnisse, die dazu geführt haben, dass der Rassismus inzwischen bis weit in die bürgerliche Mitte reicht.

Was für Versäumnisse meinen Sie?

REINFANK: Spätestens Mitte des Jahres 2013 war deutlich, dass viele Menschen aus Syrien und anderen Bürgerkriegsländern nach Deutschland kommen werden, doch die Politik hat sich weggeduckt. Im Bund und in den Bundesländern wurden Konzepte beschlossen, die bereits mit ihrem Inkrafttreten veraltet waren. Und in den Kommunen haben sich Bürgermeister hinter Entscheidungen von Innenministern oder Landräten versteckt, anstatt rechtzeitig eigene Notfallpläne zu erarbeiten. Mit der oft gerechtfertigten Empörung der Bürger ist man dann strategisch schlecht umgegangen.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

REINFANK: Das freiwillige Engagement, das wir gerade erleben, muss noch weiter gestärkt werden. Kommunen müssen die Menschen fragen, ob sie sich einbringen wollen,

und wenn ja, wie. Da gibt es zu wenige Schnittstellen, zu wenig Kommunikation, Kooperation und Anerkennung. Die Verwaltung muss umdenken und lernen, dass die Bürger auch bereit sind, sich einzubringen.

Was muss dafür konkret passieren?

REINFANK: In Baden-Württemberg müsste es darum gehen, ein professionelles Netzwerk von hauptamtlichen Beratungsstellen in den Landkreisen zu etablieren. Sowohl für eine mobile Beratung, die Kommunen hilft, als auch für eine Opferberatung, die gezielt Betroffene unterstützt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg die am schlechtesten ausgestattete Infrastruktur zur Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Dabei ist die Zahl der Anschläge im Südwesten ja auffallend hoch.

REINFANK: Im vergangenen Jahr



Timo Reinfank: Die Verwaltungen müssen umdenken und die Bürger mit einbeziehen. Foto: Thomas Stein

haben wir in Baden-Württemberg zehn Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gezählt. Das ist zwar weit weniger als in Sachsen oder Nordrhein-Westfalen. Aber dafür gibt es im Südwesten eine längere Tradition von Brandanschlägen. Die geplante Unterkunft in Weissach am Tal brannte nicht nur in diesem, sondern auch schon im Jahr 2005. Das hängt damit zusammen, dass es eine rechtsextreme Szene gibt.

Die steigenden AfD-Werte deuten ja auch darauf hin, dass es hier eine gewisse Grundstimmung gibt.

Was muss der Bund tun?

REINFANK: Der Bund ist klar in der Verpflichtung, zusätzlich Geld an die Kommunen zu geben. Wenn wir uns anschauen, wie etwa das Flüchtlings- oder das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften im Libanon vorgehen, dann stehen dort vor allem zwei Dinge im Vordergrund: Kommunikation mit den Bürgern vor Ort und die Garantie, dass Kommunen keine finanziellen Nachteile haben. Dieser Ansatz fehlt in Deutschland.

Müssen wir damit rechnen, dass die Angriffe weiter zunehmen werden?

REINFANK: Sorge bereitet mir, dass die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und

Sachsen-Anhalt den Ton und die zwischenparteilichen Konflikte voraussichtlich verschärfen werden. Politiker gerade der AfD, aber auch so mancher konservative Politiker, bedienen sich eines Diskurses, der zur Enthemmung von Gewalt führt.

Was passiert, wenn jetzt nicht gegen-gesteuert wird?

REINFANK: Dann haben wir bundesweit bald sächsische Verhältnisse. Dort gibt es eine bürgerliche Mitte, in der viele nicht mehr zur Demokratie stehen. Da geht es nicht mehr um rechte Ränder, sondern um den Kern der Gesellschaft. Um den müssen wir kämpfen.

Info Der Politik- und Sozialwissenschaftler Timo Reinfank ist Koordinator bei der Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus in Deutschland beschäftigt.